

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Avi Primor

**Der Friedensprozeß
im Nahen Osten
und die Rolle der
Europäischen Union**

Discussion Paper

**C 25
1998**

Avi Primor, Jahrgang 1935, ist seit 1993 Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft und der Internationalen Beziehungen an der Hebräischen Universität Jerusalem und der Erlangung eines MA-Abschlusses in Internationale Beziehungen am City College New York trat er 1961 in den Auswärtigen Dienst des Staates Israel ein. Zu seinen Stationen gehörten die Tätigkeit als Gesandter der Botschaft des Staates Israel in Frankreich 1969 bis 1975 und als Sprecher der israelischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Genf 1973. Von 1975 bis 1977 war Avi Primor Sprecher des Außenministeriums des Staates Israel und Direktor der Presseabteilung, danach bis 1980 Direktor der Abteilung Internationale Organisationen sowie bis 1984 Direktor der Afrika-Abteilung. Im Anschluß war er als Stellvertreter des Staatssekretärs des Außenministeriums tätig, bevor er 1987 als Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft sowie gleichzeitig beim Belgischen König und beim Luxemburgischen Großherzog nach Brüssel wechselte. Während seiner Tätigkeit als Vizepräsident der Hebräischen Universität Jerusalem (1991 bis 1993) gründete Avi Primor u.a. das Institut für Europäische Studien (seit 1995 Helmut Kohl Institut).

Neben vielen anderen Auszeichnungen und Würdigungen erhielt er im Mai 1998 für sein „Engagement im Verhältnis Israel - Deutschland - Europa“ den Kulturpreis Europa, eine Auszeichnung zur Förderung des europäischen Gedankens.

Avi Primor

Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union

Die Frage, was die Europäische Union, was Europa überhaupt im Nahen Osten tun kann, kann man nur dann beantworten, wenn man versucht zu verstehen, was sich heute im Nahen Osten abspielt und in welcher Situation sich die Krise im Nahen Osten befindet. Man spricht überall von der Krise des Friedensprozesses, auch in Israel. Viele sagen sogar, daß es im Jahr 1998 überhaupt keinen Friedensprozeß mehr gibt. Wenn also vielleicht sogar wieder Krieg ausbricht, muß man sich fragen, was kann Europa dann überhaupt tun?

Wir müssen zunächst die Lage des Friedensprozesses erörtern. Was ist eigentlich die Ursache, die Wurzel des Konfliktes im Nahen Osten? Wenn man die Frage nach der Lösung eines Problems stellt, muß man sich zuerst fragen, woher sie überhaupt stammt. Normalerweise antwortet jeder, die Ursache der Krise ist das palästinensische Problem. Das wird jeder sagen, auch in Israel. Das stimmt aber nicht. Natürlich ist das palästinensische Problem das schwierigste und schmerzhafteste Problem. Es ist ein Problem, das man lösen muß, um Frieden zu haben. Wenn wir einen Frieden mit unseren Nachbarstaaten schließen, ohne dieses Problem vorher zu lösen, dann wird dieser Frieden lediglich oberflächlich bzw. vorübergehend bleiben. Das palästinensische Problem ist nicht nur ein schmerzhaftes Problem, es ist das Problem einer Bevölkerung, die seit Jahrzehnten in Elend, ohne Würde und ohne Heimat lebt. Mit so einer Situation kann man keinen Frieden haben, das ist selbstverständlich. Die Ursache der Krise ist das Problem jedoch nicht. Die Krise hat nicht damit begonnen.

Ursachen der Krise und Schritte zu ihrer Überwindung

Die Krise hat damit begonnen, daß die UN-Vollversammlung 1947 das Land in zwei Teile aufgeteilt hat, nachdem die britische Kolonialherrschaft beendet worden war. Einen Teil hat man den Israelis angeboten, damit wir unseren Staat, unsere Heimat dort gründen. Den anderen Teil, mehr oder weniger genauso groß, hat man damals den Arabern Palästinas angeboten, damit sie das gleiche tun. Wir haben dieses Angebot akzeptiert, sogar leidenschaftlich akzeptiert. Die Araber Palästinas, wie sie sich damals noch nannten - Palästinenser nannten sie sich erst später - haben das Angebot abgelehnt. Sie lehnten nicht nur das Angebot ab, sondern sie griffen mit ihren Brüdern in den Nachbarstaaten auch den Staat Israel an, um diesen im Keim zu ersticken, wie sie es ganz offen sagten. Dies war die Ursache der Krise. Nicht mit einem palästinensischen, sondern mit einem israelischen Problem, daß also die Nachbarstaaten und die Palästinenser einen Staat Israel nicht hinnehmen wollten, hat alles begonnen. Das palästinensische Problem war ein Ergebnis dieser Krise. Dadurch, daß die Palästinenser einen Krieg begonnen haben, haben sie als Ergebnis auch ihre Heimat verloren. Das Angebot galt nach dem Krieg nicht mehr, weil jeder Beteiligte sich einen Teil des Territoriums, das den Palästinensern zugesagt worden war, genommen hatte. Die Israelis haben einen Teil genommen, den sie während des Krieges erobert hatten. Die Jordanier haben einen großen Teil annektiert, und die Ägypter haben ebenfalls einen Teil, den Gazastreifen, genommen. Folge war, daß die Palästinenser tatsächlich ohne Heimat geblieben sind, aber das war schon ein Ergebnis der Krise, nicht die Wurzel.

Das muß man verstehen, besonders wenn man eine Lösung finden will, die glaubwürdig ist. Jahrelang, jahrzehntelang, haben sich unsere Nachbarn mit der Niederlage von 1948 und anderen Niederlagen nicht abfinden wollen. Die arabische Welt sah den Staat Israel als winzig klein sich selbst fast als Weltmacht an. Da schien es ihr doch nicht unmöglich, Israel zu besiegen. Und solange sie daran glaubten, daß sie den Staat Israel aus dem Nahen Osten wegfegen werden, solange sie dies nicht nur wollten, sondern geglaubt haben, es auch zu können, haben sie keinen Grund gehabt, mit uns zu verhandeln. Deshalb konnten wir jahrzehntelang keinen Friedensprozeß

im Nahen Osten haben. Die Nachbarstaaten fragten sich damals noch, worüber sie überhaupt verhandeln sollten. Die Vernichtung des Staates Israel konnte man nicht aushandeln, sondern nur durch Krieg erzielen. Sie wollten also Krieg, Boykott, ökonomischen, diplomatischen und politischen Boykott, um irgendwann diesen Staat aus dem Nahen Osten zu beseitigen. Solange die Nachbarstaaten daran glaubten, kam ein Friedensprozeß im Nahen Osten nicht in Frage. Natürlich haben wir mehrfach mit den Nachbarstaaten verhandelt, aber dabei ging es immer nur um provisorische Lösungen: Waffenstillstand, Truppenentflechtungen und ähnliche Fragen. Immer wurde nur über einen vorübergehenden Zustand verhandelt, bis der nächste Krieg ausbrechen würde, weil man sich immer nur darauf vorbereitete.

Der erste, der das anders gesehen hat, war Präsident Anwar el Saddat aus Ägypten. Ihm war es nach wie vor genauso lieb, einen Nahen Osten ohne einen Staat Israel zu haben. Er ist aber zu der Schlußfolgerung gekommen, daß er den Staat Israel nicht aus dem Nahen Osten wegfegen kann, obwohl er es mehrfach probierte aber begriff, daß das nicht realisierbar ist. Wenn die arabische Welt einen Staat Israel, der 1948 nicht mehr als 600.000 Einwohner hatte, nicht zu besiegen vermochte, wie sollte sie das später machen, wo der Staat wesentlich größer geworden ist, wirtschaftlich, militärisch und in anderen Bereichen auch, erheblich stärker als damals. Wenn sie das damals nicht geschafft haben, schafft sie das heute erst recht nicht. Da das so ist, und Präsident Anwar el Saddat wußte, dazu verdammt zu sein, mit einem Staat Israel im Nahen Osten zu leben, faßte er andere Ziele ins Auge und wollte andere Dinge erreichen. Er wollte z. B. seine besetzten Gebiete zurückbekommen, wollte Wirtschaftshilfe für sein Land, denn er wußte, daß er diesen Krieg sowieso nicht gewinnen kann. Die anderen im Nahen Osten versuchte er ebenfalls von dieser Einsicht zu überzeugen. Bevor er nach Israel kam, flog er nach Damaskus und versuchte, den syrischen Präsidenten Assad zu überreden, mit ihm zu kommen. Er sagte ihm, daß, wenn sie beide zusammen mit den Israelis verhandeln würden, sie in einer erheblich stärkeren Position seien und viel mehr erreichen könnten. Assad und die anderen arabischen Führer waren damals noch nicht so weit und die Palästinenser, die als Ergebnis aus den Verhandlungen zwischen

Begin und Saddat zum ersten Mal das Angebot für eine Autonomie bekommen haben, lehnten es damals noch ab. Sie wollten die Autonomie auch nicht als einen Schritt, als eine vorübergehende Lösung akzeptieren, wie sie es erheblich später natürlich getan haben. Damals waren sie noch nicht reif dazu, und deshalb konnte Israel den Frieden nur mit Ägypten schließen, obwohl Saddat schon sagte, daß nur ein umfassender Frieden dauerhaft auch sein werde. Einen separaten Frieden, einen Frieden nur mit Ägypten, könne man nicht ins Leben rufen, weil Ägypten Teil der arabischen Welt sei. Der Frieden hat dennoch gehalten.

Die anderen sind zu der gleichen Schlußfolgerung gekommen wie Saddat in den siebziger Jahren, nur erheblich später. Sie haben schließlich begriffen, daß sie mit einem Staat Israel im Nahen Osten leben müssen, daß sie dazu verurteilt sind, ob sie mögen oder nicht, und haben sich irgendwie - mit oder ohne Begeisterung - damit abgefunden. Daher konnte endlich in den neunziger Jahren den Friedensprozeß ins Leben gerufen werden, denn wenn man weiß, daß man mit dem Nachbarn, dem verhaßten Nachbarn, leben muß und ihn nicht besiegen kann, dann muß man sich andere Ziele setzen. Plötzlich haben die Palästinenser das Angebot der Autonomie als ersten Schritt innerhalb eines Friedensprozesses angenommen, und auf dieser Grundlage konnten wir dann auch den Osloer Friedensplan mit ihnen unterzeichnen. Die Syrer haben sich ebenfalls bereit erklärt, mit uns einen Friedensprozeß zu beginnen. Dieser war zwar nicht so erfolgreich, ist jedoch nicht völlig tot. Mit dem Libanon kann man eigentlich nicht viel beginnen, solange man mit Syrien keine Lösung erreicht hat, weil der Libanon heute eigentlich von Syrien abhängig ist. Aber mit den Jordaniern konnte Israel Frieden schließen. Also haben wir schon Frieden mit Ägypten und mit Jordanien geschlossen, und wir sind mitten in einem Friedensprozeß mit den Palästinensern.

Der Friedensprozeß mit den Palästinensern

Was bedeutet eigentlich dieser Friedensprozeß mit den Palästinensern? Israel hat mit ihnen einen Friedensprozeß ins Leben gerufen, der nicht so aussieht wie derjenige mit den Ägyptern oder den Jordaniern. Mit den

Ägyptern und Jordanern wurden Pauschalverhandlungen begonnen, die sehr lange andauerten. Heute erinnert man sich nicht mehr daran, wie lange die Verhandlungen mit den Ägyptern gedauert haben und wie viele Krisenunterbrechungen wir in ihrem Verlauf erlebt haben. Letztendlich haben wir alles auf den Verhandlungstisch gelegt, wir haben alles pauschal erörtert, und irgendwann ist daraus weißer Rauch aufgestiegen. So haben wir es auch mit den Jordanern gemacht. Die Verhandlungen waren ebenfalls lang und schmerzhaft. Man hat darüber jedoch weniger gesprochen, weil sie meistens im geheimen geführt wurden. Immerhin war es eine Pauschalverhandlung. Mit den Palästinensern wurde dagegen von vornherein vereinbart, daß nicht alles pauschal verhandelt werden kann. Weder die Palästinenser noch die Israelis waren imstande, alles auf den Verhandlungstisch zu legen, weil die Probleme viel zu heikel, zu kompliziert und zu brisant sind, weil wir miteinander zu sehr verflochten sind. Wir müssen, wenn wir erfolgreich sein wollen, den Friedensprozeß schrittweise führen. Also haben wir einen allmählichen Friedensprozeß ins Leben gerufen, das heißt wir haben mit einem Schritt von vielen begonnen, mit der Autonomie im Gazastreifen. Die zweite Phase war, daß wir diese Autonomie auf die meisten Städte am Westufer des Jordans erweitert haben. In solchen Schritten sollte der Prozeß weitergehen. Was war damit beabsichtigt? Zunächst einmal war erkannt worden, daß, wenn wir heikle Probleme gleich zu Beginn antasten würden - wie zum Beispiel Jerusalem, die Siedlungen oder die Frage der endgültigen Grenzen -, der gesamten Prozeß sofort in die Luft jagt würde, weil die Bevölkerung noch nicht so weit ist, um bei solchen Problemen Kompromisse zu erzielen. Wir müssen einen allmählichen Friedensprozeß führen, dann werden wir vielleicht auch allmählich das gegenseitige Mißtrauen abbauen können. Der Begriff Mißtrauen ist eigentlich eine Untertreibung, zwischen Israelis und Palästinensern steht viel mehr als nur Mißtrauen. Wenn man das also abbauen kann und beiden Völkern zeigen kann, daß ein Zusammenleben und eine Zusammenarbeit möglich sind, so daß sie dann irgendwann auch an den Frieden glauben, erst dann werden wir es uns auch leisten können, die schwierigen Probleme, wie zum Beispiel Jerusalem, anzutasten.

Dieser Prozeß hatte gut begonnen. Es sah auch erfolgreich aus, wenigstens damals in Washington im Weißen Haus. Die Verträge, die eigentlich schon in Oslo unterzeichnet worden waren, hatte man in einer Zeremonie im Weißen Haus nochmals unterschrieben. Die offizielle Zeremonie war die für die Amerikaner sehr wichtig und wurde eine große Feier. Im Nachhinein sagte der damalige Außenminister Shimon Peres, daß diese wunderbare Zeremonie das Happy End eines Filmes gewesen sei, den man noch nicht gedreht habe. Heute weiß man, wie recht er hatte. Denn es sieht so aus, als sei der Friedensprozeß ins Stocken geraten. Dies ist vor allem deswegen geschehen, weil das Mißtrauen nicht abgebaut werden konnte. Dies ist in erster Linie wegen der Terroranschläge gescheitert. Man spricht oft von den Terroranschlägen im Zusammenhang mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Man sagt, daß eine so sture israelische Regierung wie jene unter Netanjahu den Palästinensern keine Hoffnung mehr lasse. Als Konsequenz seien sie frustriert und übten Terror aus. Das stimmt aber nicht. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als der Friedensprozeß seinen Höhepunkt erreicht hatte, unter der Regierung Peres, dem Bannerträger der Tauben in der Arbeitspartei, ausgerechnet zu dieser Zeit, im Februar und März 1996, haben wir unter der schlimmsten Welle von Terroranschlägen gelitten, die wir je gekannt haben. Und da haben sich die Leute die Frage gestellt, welchen Friedensprozeß sie haben wollen. Zumindest die Mehrheit sagte, daß sie generell für einen Friedensprozeß sei, aber sie war sich nicht sicher, ob das tatsächlich der Friedensprozeß war, den sie haben wollte, ein richtiger, ein glaubwürdiger Friedensprozeß. Je mehr man mit den Palästinensern verhandelte und je mehr Zugeständnisse man machte, desto weniger Sicherheit bekam man - da konnte doch etwas nicht stimmen.

Zu diesem Zeitpunkt kam der Mann, der drei Jahre lang heftig den Friedensprozeß bekämpft und der als Spitzenpolitiker der Opposition den Friedensprozeß abgelehnt hatte, Benjamin Netanjahu, und machte eine Kehrtwende. In seinem Wahlkampf sagte er: „Natürlich wollen wir den Friedensprozeß, ich will den Friedensprozeß.“ Er wurde also plötzlich ein Befürworter des Friedensprozesses und sagte, daß er das Oslo-Abkommen respektieren und es in die Tat umsetzen werde. Aber er sagte auch, daß er

die Realisierung des Abkommens besser machen werde als Peres, weil er Sicherheit nicht vernachlässigen werde - als hätte Peres sie vernachlässigt. Zumindest ein großer Teil der Israelis wollte damals genau das hören. Sie wollten den Friedensprozeß haben, aber nicht in der Form, wie er sich inzwischen zeigte, nicht mit Terroranschlägen. Natürlich ist diese Sichtweise ein bißchen oberflächlich, man braucht ja nicht viele Menschen, um eine Wahl zu gewinnen, ein bis zwei Prozent, das reicht. Netanjahu hat sogar mit lediglich einem Drittel Prozent die Wahl gewonnen.

Warum hat Netanjahu eigentlich all dies versprochen? Warum wurde er plötzlich zu einem Befürworter des Friedensprozesses? Hatte er den Oslo-Prozeß vorher nicht ehrlich bekämpft? Ich glaube, daß er ihn ganz ehrlich und aus Überzeugung bekämpft hat. Er wollte allerdings gewählt werden, und er hat es verstanden, daß er die Wahl nicht gewinnen konnte, ohne den Friedensprozeß zu befürworten, weil die Mehrheit der Israelis, das heißt auch seine Wähler, diesen Friedensprozeß unbedingt haben wollte. Das gilt besonders für die Likud-Wähler, die keineswegs extremistisch sind. Sie sind nicht die Rechtsextremen, die Fundamentalisten oder die extremen Orthodoxen, die man normalerweise im Fernsehen sieht.

Ich unterteile normalerweise - dies ist meine persönliche Auffassung - die israelische Bevölkerung in drei Teile. Es gibt einen Teil der Bevölkerung, der im Grunde genommen gemäßigt ist, den Friedensprozeß befürwortet und auch bereit ist, Zugeständnisse zu machen und Opfer zu bringen. Diesen Teil der Bevölkerung schätze ich auf ungefähr vierzig Prozent. Sie sind eher die Stammwähler der Arbeitspartei und die Stammwähler der Meretz-Partei, die noch gemäßigter als die Arbeitspartei ist. Dann gibt es einen Teil der Bevölkerung, der den Friedensprozeß ablehnt und ihn immer ablehnen wird. Das ist eine breite Mischung aus extremen Nationalisten und Fundamentalisten, die sagen, es geht um unser Vaterland, welches das biblische Kernland ist und im Sechs-Tage-Krieg von den Israelis wieder erobert wurde. Sie wollen nichts vom Friedensprozeß hören, Frieden ist in ihren Augen eine Nebensächlichkeit, es gehe vielmehr um das Vaterland. Dafür würden sie kämpfen, dafür würden sie sterben, und das sei erheblich wichtiger als Friedensverhandlungen. Wenn sie mit einem Ausländer sprechen, werden sie natürlich immer den Sicherheitsaspekt betonen. Aber unterein-

ander machen sie da keinen Unterschied, ob mit oder ohne Sicherheit, es geht um das Vaterland, „das gehört uns, wir dürfen darauf nicht verzichten, da es uns ja von Gott gegeben worden ist“. Ich schätze diesen Anteil der Bevölkerung auf etwa zwanzig Prozent, und das sind Menschen, die man nie überzeugen kann. Man hat sie nicht einmal zu Zeiten Saddats überzeugen können, als mit Ägypten Frieden geschlossen wurde. Damals haben sie von Bürgerkrieg gesprochen, nur mußten sie feststellen, daß achtzig Prozent der Bevölkerung leidenschaftlich für den Frieden mit Ägypten eintrat und mit dem Friedensvertrag mit Ägypten zufrieden war. Damals haben sich diese zwanzig Prozent isoliert gefühlt, denn auch zwanzig Prozent der Bevölkerung, selbst wenn das eine beträchtliche Anzahl ist, können in die Isolation geraten.

Heute ist dies aber nicht der Fall, weil die übrigen vierzig Prozent unentschieden sind. Dieser Teil der Bevölkerung ist mehrheitlich weder von der gemäßigten noch von der extremistischen Ideologie überzeugt. Was diese Menschen bewegt, ist die Frage nach der Sicherheit. Wenn man ihnen Sicherheit garantieren kann, dann sind sie zu allem bereit und würden sich Zugeständnissen nicht verschließen. Haben sie keine Sicherheit, dann wollen sie die besetzten Gebiete auch behalten, weil diese Gebiete strategische Positionen sind, die unentbehrlich für Israels Verteidigung sind. Wenn Israel keine Sicherheit habe, dürfe es auf sie nicht verzichten. Dann würden diese Menschen auch die Extremisten und die Siedler unterstützen, weil sie ja an der Front leben und uns notfalls verteidigen würden. Gibt man ihnen Sicherheit, so wie damals unter Begin und Saddat, dann können sie auch auf besetzte Gebiete verzichten. Diese Menschen haben zunächst den Friedensprozeß von Oslo unterstützt, sind dann aber unsicher geworden angesichts der Terroranschläge. Sie wollen den Friedensprozeß, aber unter welchen Umständen? Und dieses Problem hat Netanjahu schließlich an die Macht gebracht.

Nach seiner Wahl hätte er dann ja alles tun können, was er wollte, denn er wurde schließlich nach dem neuen Wahlrecht direkt von der Bevölkerung gewählt. Versprechungen im Wahlkampf hat er zwar gemacht, aber er wäre nicht der erste Politiker, der solche Versprechungen hinterher nicht hält. Dennoch hat der neue Ministerpräsident den Friedensprozeß von Oslo fort-

gesetzt und das nicht, wie oft behauptet, wegen des amerikanischen Drucks.

Wollten die Amerikaner Druck auf Israel ausüben, stünden ihnen alle Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung, in ein paar Tagen nur könnten sie uns zerquetschen. Aber das tun sie nicht, das haben sie nie getan, das werden sie auch nicht tun. Die Hauptfrage ist, wie die israelische Bevölkerung reagiert, sie bewegt unsere heutige Regierung und wird sie bewegen. Die Frage ist also, ob man sich unter solchen Umständen eine Torpedierung des Friedensprozesses überhaupt vorstellen kann, womöglich sogar den Ausbruch eines neuen Krieges? Meiner Meinung geht das nicht. Der Friedensprozeß ist zwar in Schwierigkeiten geraten, aber nicht vollkommen. Es gab Fortschritte, auch durch Netanjahu. Nachdem er an die Macht gekommen war, hat er sofort Arafat getroffen. Wenn er zwei Jahre später Arafat nicht mehr trifft, so deshalb, weil Arafat ihn nicht treffen und mit ihm weiter verhandeln will. Netanjahu, der den Oslo-Prozeß immer verurteilt hat, will diesen immerhin fortsetzen und bittet ganz offen um ein Treffen. Er hat auch das Hebron-Abkommen mit Arafat unterzeichnet. Das war die letzte Stadt am Westufer, die letzte Großstadt der Palästinenser, die ihnen bei der Gewährung der Autonomie nicht übergeben worden war, weil weder Rabin noch Peres die politische Macht dazu hatten. Erst Netanjahu hat dies geschafft, mit großen Schwierigkeiten und unangenehmen Verhandlungen, aber er hat es geschafft, diese Stadt den Palästinensern zu übergeben. Er hat auch Terroristinnen auf freien Fuß gesetzt, wiederum etwas, was Peres und Rabin versprochen hatten und nicht umsetzen konnten, und er hat weiter mit der PLO verhandelt.

Der Friedensprozeß ist, wie gesagt, das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung. Israel hat jahrzehntelang keinen Frieden gehabt, weil sich seine Nachbarstaaten mit der Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten nicht abfinden wollten. Solange sie glaubten, irgendwann einen Nahen Osten ohne einen Staat Israel haben zu können, hatten sie keinen Grund, einen Friedensprozeß ins Leben zu rufen. Die Entwicklung hin zu einem solchen Friedensprozeß fand auf allen Seiten statt. Nicht nur die Palästinenser, nicht nur die arabischen Staaten haben sich gewandelt, auch Israel hat sich gewandelt. 1967, als Israel sein biblisches Kernland erobert hatte,

als das gesamte historische Vaterland, die historische Heimat, wieder in israelischem Besitz war, da sagte man, das ist unser Land, hier bleiben wir jetzt. Zwar lebt dort leider eine andere Bevölkerung, das ist Pech, aber bedeutet noch nicht, daß das Land nicht uns gehört und daß wir dort nicht bleiben können. Lebt dort eine andere Bevölkerung, dann werden wir eben über eine andere Bevölkerung herrschen. Heute sprechen so nur noch sehr wenige Extremisten, kein vernünftiger Mensch wird in Israel mehr sagen, daß es gut und gerechtfertigt sei, über eine andere Bevölkerung zu herrschen. Jeder weiß, daß wir nicht nur über eine andere Bevölkerung nicht herrschen dürfen und sollen, sondern daß diese Herrschaft über eine andere Bevölkerung vor allem für uns selbst verheerend war und ist. Da dies inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung weiß und der Friedensprozeß wirklich das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung bei unseren Nachbarn und bei uns ist, ist der Friedensprozeß unumkehrbar geworden. Natürlich ist der weitere Weg noch sehr steinig, wir werden noch viele Unterbrechungen und Krisen erleben. Es ist schließlich eine schwierige Situation - wäre sie nicht so kompliziert, hätte man nicht schon 50 Jahre benötigt, sie zu lösen! Da muß man ein wenig Geduld haben, muß nicht nur lange verhandeln, sondern auch lange feilschen. Wenn aus den Verhandlungen verlautet, daß man als nächste Stufe den Palästinensern neun Prozent der Gebiete am Westufer geben will, diese jedoch 13 Prozent verlangen und von den Amerikanern unterstützt werden, dann ist dies nur eine Stufe. Die Verhandlungen werden weiter gehen, und das Feilschen wird weiterhin ein wichtiger Bestandteil bleiben.

Wie lange es noch bis zum endgültigen Frieden mit den Palästinensern und möglicherweise auch mit den Syrern dauern wird, weiß ich nicht. Mit den Palästinensern ist das sehr heikel, schmerzhaft und kompliziert. Mit den Syrern ist es vielleicht noch komplizierter, obwohl sie das Prinzip des Friedensprozesses akzeptiert haben. Bei seiner Eröffnung 1991 in Madrid waren sie zwar anwesend, aber sie haben mit Israel nie richtig verhandelt. Sie wollen die Israelis nicht einmal treffen. Die einzige Verhandlung mit den Syrern hat in Washington auf Botschafterebene zwischen dem israelischen und dem syrischen Botschafter stattgefunden. Das waren noch keine richtigen Verhandlungen. Ein solches Treffen kann Verhandlungen vorbereiten, sie

jedoch nicht ersetzen. Die Syrer waren also bis heute noch nicht richtig bereit, mit uns zu verhandeln. Aber sie waren in jedem Prozeß und bei jeder Verhandlung im Nahen Osten die letzten - sei es um einen Waffenstillstand zu erzielen, 1949 oder später, oder auch bei Truppenentflechtungen. Nachdem alle endgültig unterzeichnet hatten, sind die Syrer erst dazugekommen, und so wird es wahrscheinlich auch diesmal sein, weil sie doch auch verstanden haben, daß es - auch für sie - keine Alternative zum Friedensprozeß gibt.

Die Rolle der Europäischen Union

Wenn alle akzeptiert und verstanden haben, daß der Friedensprozeß unumkehrbar geworden ist, dann stellt sich unter anderem die Frage, welche Rolle die Europäische Union in diesem Prozeß spielen soll. Vorausgesetzt, daß tatsächlich Frieden geschlossen werden soll, wann und wie soll sich die Europäische Union - wenn überhaupt - einmischen? Soll die Europäische Union an den Verhandlungen teilnehmen, wie sie es immer angestrebt hat? Schon 1991 war die Frage, welche Rolle die Europäische Union bei den Verhandlungen in Madrid spielen soll, ob sie teilnehmen wird, ob van den Broek, der damalige Ratspräsident, eine Rede halten dürfe, welche Rede, wie lang im Vergleich mit den Reden der Amerikaner oder Russen? Das sind meiner Meinung nach keine wesentlichen Fragen für den Friedensprozeß, allenfalls Prestigefragen. Man muß hier zweierlei Verhandlungen unterscheiden: Die einen sind die bilateralen Verhandlungen, also zwischen Israel und Jordanien am Anfang, zwischen Israel und den Palästinensern heute, bald hoffentlich zwischen Israel und Syrien und dem Libanon, mit dem Ziel, jeweils ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. In diesen Verhandlungen müssen, können und werden die Amerikaner die einzigen Vermittler sein. Es kann keine anderen wesentlichen Vermittler geben. Jeder kann ein bißchen helfen, aber die wichtigen, ständigen Vermittler können nur die Amerikaner sein. Sie haben sich schon seit Jahrzehnten für diesen Prozeß eingesetzt, haben alles mögliche getan - wirtschaftlich, militärisch, politisch, diplomatisch - und sind in diesen Prozeß außerordentlich

involviert. Dabei muß man sie auch in Ruhe lassen, zu viele Köche verderben den Brei.

Aber parallel wurde auch eine andere Art von Verhandlungen ins Leben gerufen, das sind die sogenannten multilateralen Verhandlungen. Daran nehmen alle teil, die arabischen Staaten, Israel, die Palästinenser, die Europäer, die Amerikaner, sogar die Kanadier und die Japaner. Hier geht es um die Zukunft. Wenn wir tatsächlich unser Ziel in den bilateralen Verhandlungen erreichen und die Friedensverträge unterzeichnen werden, dann haben wir noch keinen Frieden erzielt, sondern lediglich einen Ansatzpunkt erreicht. Dann besteht aber endlich die Möglichkeit, einen Frieden auf- und auszubauen. Frieden ist kein Abkommen, das kennt man bestens aus der europäischen Geschichte. Ein Friedensabkommen kann oftmals auch nur vorübergehend sein, dafür gibt es viele Beispiele. Die Frage ist also, wie verwandelt man das Abkommen in einen echten, lebendigen, dauerhaften Frieden? Da gibt es nur ein Mittel: Man muß die Zusammenarbeit zwischen Israelis und den arabischen Staaten, zwischen Israelis und Palästinensern sowie zwischen Palästinensern und den arabischen Staaten schon heute entwerfen und gestalten. Und genau dies geschieht im Rahmen der multilateralen Verhandlungen. In diesem Rahmen wird über zukünftige gemeinsame überregionale Entwicklungspläne gesprochen. Dies muß erstens sein, weil keiner von uns alleine - weder Israel, noch Ägypten, noch Syrien oder Jordanien - die Entwicklung des Nahen Ostens wirksam ankurbeln kann. Wir sind alle zu klein, zu schwach und zu arm dazu und können das nur gemeinsam machen, wenn wir die Region Naher Osten etwa in ein zweites Südostasien verwandeln wollen. Zweitens müssen wir gemeinsam handeln, damit wir gemeinsame Interessen herausbilden, die uns miteinander verflechten werden. Nur wenn gemeinsame Interessen bestehen, werden wir nicht gegeneinander kämpfen, sondern statt dessen unsere Interessen fördern und verteidigen. Letztendlich wissen alle, daß es sehr viele Projekte gibt, die nicht nur für die Völker des Nahen Ostens günstig sein können, sondern auch für diejenigen, die dort investieren werden. Überregionale Entwicklungspläne können wir sowieso nicht alleine entwickeln. Auch dazu sind wir zu klein und zu arm. Wir müssen Investitionen aus dem Ausland bekommen, wenn wir die Wasserversorgung, den Tourismus und den

überregionalem Verkehr ankurbeln und entwickeln wollen. Alles Überregionale kann nur dann entwickelt werden, wenn Ausländer darin investieren. Diese wiederum sollten auch aus eigenem Interesse investieren, nicht nur, um den Frieden zu stabilisieren und zu gewährleisten, sondern auch, um davon zu profitieren. In solche überregionalen Entwicklungspläne kann man investieren und sofort davon profitieren, und dies nicht nur, weil die Investitionen tatsächlich günstig sind, sondern auch, weil man sich dadurch die zukünftigen Märkte des - friedlichen! - Nahen Ostens sichern kann. Das ist meiner Meinung nach die Rolle der Europäischen Union und der Europäer. Sie sind unsere Nachbarn, nicht die Amerikaner, und sie haben das erste wirtschaftliche Interesse an einem entwickelten Nahen Osten. Die Europäer, die in einem soliden Nahen Osten investieren werden und den überregionalen Entwicklungsplänen ihre Schirmherrschaft geben, werden sowohl den Frieden gewährleisten - nicht den Friedensprozeß, sondern den Frieden - als auch für sich einen günstigen wirtschaftlichen Partner für die Zukunft gewinnen können. Wenn dann die Europäer den stärksten wirtschaftlichen Einfluß auf den Nahen Osten ausüben werden, wird dort unvermeidlich auch ihr politischer Einfluß überwiegen.

Leider sind sich die Europäer meiner Einschätzung nach dieser wichtigen Rolle nicht genügend bewußt. Sie wollen zwar in die bilateralen Verhandlungen eingreifen, aber das werden sie nicht können. Statt dessen müssen sie in die Zukunft schauen. Es fehlt ihnen heute sowieso noch an einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Das alles ist noch eine Frage für die Zukunft. Die europäische Vereinigung gehört in die Zukunft, das Interesse der Europäer am Nahen Osten soll sich ebenfalls an der Zukunft orientieren.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-25-2



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>